

Zeitschrift: Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 70 (1991)
Heft: 1

Artikel: Europa muss Gesamteuropa werden
Autor: Bircher, Silvio
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-340916>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Europa muss Gesamteuropa werden



Silvio Bircher, Nationalrat, Aargau, ist Mitglied der Schweizerischen EFTA-Delegation

Die Entwicklung Europas gestaltet sich um einiges komplizierter, als manche es noch vor wenigen Monaten vermuteten. Alles starrte damals auf das ominöse Datum des 1. Januar 1993, das sich die Europäische Gemeinschaft (EG) mit der Schaffung des Binnenmarktes zum Ziel setzte. Die sechs Mitgliedsländer der Europäischen Freihandelszone (EFTA), unter ihnen die Neutralen mit der Schweiz, rüsteten zum wirtschaftlichen Anschluss, der unter der Bezeichnung Europäischer Wirtschaftsraum (EWR) segelt und möglichst schnell erfolgen sollte. Doch inzwischen sind Ereignisse eingetreten, die von ganz anderen Dimensionen für die Zukunft Europas sind und den Zeitplan in Verzug bringen könnten. Europa hat innert weniger Monate durch die Revolutionen in Ost- und Mitteleuropa das Ende der Nachkriegsepoche erlebt und die Ergeb-

nisse der Konferenzen von Jalta und Potsdam aufgehoben. Deutschland hat sich wiedervereint – mit noch unbekanntem Auswirkungen. Neue Überlegungen und Verknüpfungen in der Europapolitik, eine Ausweitung der wirtschaftlichen Integration aus dem EG-EFTA-Schema heraus, sind notwendig geworden.

Die Osteuropäer warten auf das "Europäische Haus". Diese Erkenntnis gewann ich nicht zuletzt an Konferenzen des EFTA-Komitees, dem ich als Schweizer Vertreter angehöre, mit Parlamentsvertretungen aus fünf osteuropäischen Ländern. Am selben Tisch sitzt zeitweise auch eine Delegation des EG-Parlaments. Schon allein die Offenheit der Gespräche, die parallel auch auf Ministerebene festzustellen ist, wirkt frappant. Allen scheint klargeworden, dass es heute letztlich um Gesamteuropa gehen muss, auch wenn mancherlei Stolperdrähte diesem Ziel noch hinderlich sind. Denn noch nie war der Zeitpunkt für eine Überwindung der zeitweisen Spaltung unseres Kontinents so günstig wie heute. Man erinnert sich unwillkürlich an den flammenden Aufruf des britischen Kriegspremiers Churchill 1946 in Zürich zur Schaffung "einer Art Vereinigte Staaten von Europa". Die Gründung des Europarates 1949, der Marshall-Plan der USA zum Wiederaufbau nach dem Krieg und erst recht die Militär- und Wirtschaftsblöcke machten aber

immer wieder Halt am Eisernen Vorhang. Dass nun auch Gorbatschow nach dem "gemeinsamen Haus Europa" ruft, zeigt die völlige Umwälzung. Der erste nichtkommunistische Ministerpräsident Polens, Mazowiecki, sprach gar von der "Wiedergeburt unseres Kontinents". Aber die Mauer, die Europa politisch getrennt habe, müsse heute auch wirtschaftlich überwunden werden.

Ungeachtet des Aufbruchs in Osteuropa schreitet der Integrationsprozess Westeuropas voran. Die EG will neben der Wirtschafts- und Währungsunion neu auch die politische Union aufbauen, mit einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik. Doch vorerst bildet – neben dem erwähnten Binnenmarktziel für den 1. Januar 1993 – die Neuregelung der Beziehung mit den EFTA-Staaten das Dauertraktandum – hin- und hergerissen von bald optimistischen, dann wieder pessimistischen Verhandlungsmeldungen. Was sind die Hauptbrocken und die möglichen Stolpersteine auf dem Weg zum EWR?

Hauptziel des EWR-Vertrages ist es, den freien Binnenmarkt der EG auf die EFTA-Länder zu erweitern. Die Übernahme der EG-Gesetzesgrundlagen (EG-Acquis) in den für den Binnenmarkt relevanten Bereichen durch die EFTA-Staaten ist Voraussetzung dazu, ebenso die Festsetzung sogenannter flankierender Politiken.

Daneben muss die institutionelle Seite geregelt werden: einerseits die Verwaltung und Kontrolle der Vertragsbestimmungen, andererseits die Weiterentwicklung des EWR-Rechts.

Die Übernahme der EG-Acquis erachtet die EG als grundsätzlich unvereinbar mit unbefristeten Ausnahmeregelungen. Die von der EFTA geltend gemachten Ausnahmewünsche weist sie grösstenteils zurück. Der künftige Wirtschaftsraum soll homogen sein, zwischen Rechten und Pflichten soll ein Gleichgewicht herrschen. Namentlich wird das Argument einzelner EFTA-Staaten betreffend innenpolitische Schwierigkeiten zurückgewiesen. Ausnahmeklauseln seien nur nach gründlicher Prüfung allenfalls möglich.

Die Übernahme des relevanten EG-Rechtes fordert von den EFTA-Ländern Anpassungen des nationalen Rechts. Wo vitale Interessen des Landes berührt werden, strebt die Schweiz unbefristete Sonderlösungen an, so insbesondere in den Bereichen

- Stabilisierung der ausländischen Wohnbevölkerung,
- Bewilligungspflicht für den Immobilienerwerb durch Personen im Ausland,
- Erhaltung des Schutzniveaus im Umweltschutzbereich,
- Festhalten an Beschränkungen im Strassenverkehr (28-t-Limite).

Umstritten ist auch die Frage, in welcher Form die EFTA-Staaten am Entscheidungsprozess innerhalb der EG-Organen bezüglich der Weiterentwicklung des EWR-Rechts teilhaben können.

Für mich ist weniger der EWR-Vertrag und ein möglicher EG-Beitritt (der sicher ohne die soeben erwähnten Ausnahmen vollzogen werden müsste!) die Schicksalsfrage der

Zukunft. Für mich ist bedeutsam, ob es gelingt, einen dauerhaften Schulterschluss zu bilden zwischen Osteuropa und den EG- wie EFTA-Staaten, also mit Westeuropa, und das aus mehreren Gründen. Zum einen sind es historische Bande, die über Wien hinaus in den Donaauraum reichen und bereits fünf Länder aus diesem Gebiet enger zusammenrücken liess. Zum andern brauchen wir eine enge Zusammenarbeit zur Lösung der schwierigsten Probleme: Bruttoverschuldung zwischen 8 bis 70 Milliarden Franken, Mängel in der Versorgungslage und in der Infrastruktur, drückende Umweltzerstörung. Zwar kennen Länder wie Ungarn und die Tschechoslowakei marktwirtschaftliche Elemente, aber das System eines zentralen, planwirtschaftlichen Apparates dominiert. Der Westen selbst kann kein Interesse an einem starken West-Ost-Gefälle haben, weil sonst ein Abwanderungssog entsteht, wie er zwischen der ehemaligen DDR und der BRD bereits im Gange ist. Deshalb ist eine Verdichtung der Integrationsbestrebungen Richtung Osteuropa notwendig.

Dass die EG mit ihren zentralistischen Strukturen auf diese neuen Entwicklungen zu wenig flexibel reagieren konnte, ist bedauerlich, aber eine Tatsache. Selbst die EG-Parlamentarier beklagten dies in den erwähnten Gesprächen. Und es ist typisch, dass als Ansprechpartner für diese neuerwachten, europafreundlichen Staaten zuerst der wirtschaftlich unbedeutende Europarat in Strassburg und die nur etwas über 30 Millionen Menschen repräsentierende EFTA in Frage kommen. Wenn auch Portugal einmal EFTA-Partner sein konnte, warum fragen wir nicht auch diese Länder. Erst kürzlich ist ein Industrieentwicklungsfonds für Jugoslawien gegründet worden. Einzelne Länder der EFTA nehmen sich besorgt der Umweltrisiken aus Osteuropa an. So sieht Österreich nahe seiner

Grenze bei Temelin neue tschechische A-Werke entstehen und bietet bereits Millionenkredite für Umrüstungshilfe an. Die skandinavischen EFTA-Staaten gründeten eben eine Umweltinvestitionsbank, weil die sauren Böden und verschmutzten Wasser via Ostsee ihre eigenen Lebensgrundlagen bedrohen. Und die Schweiz hilft aus einem 250-Millionen-Kredit einzelnen Ländern ebenfalls mit den notwendigsten Umweltschutzeinrichtungen.

Die Zerstörung der Umwelt ist die Zeitbombe in diesen Ländern. Die neuen Regierungen machen erst Inventur. Doch wir sind eingebettet in diesen Prozess, weil Giftstoffe an den Grenzen nicht Halt machen. Aber auch im sicherheitspolitischen Bereich gilt es neue Verknüpfungen und blocküberwindende Systeme zu entwickeln. Diese Staaten dürfen nicht einfach einer ungewissen Zukunft überlassen werden, wenn sie sich jetzt langsam vom Warschauer Pakt zu lösen beginnen. Was geschähe, wenn die "Perestroika", der Umbau, in der Sowjetunion unterbrochen und ein Rückfall eintreten würde? Hier ruhen die Hoffnungen ebenfalls ausserhalb der EG, auf der KSZE, wo alle Länder Europas blockübergreifend versammelt sind. Vielleicht gelingt es dieser gesamteuropäischen Organisation, dem Schreckbild einer atomaren oder ökologischen Apokalypse ein vertrauensbildendes Verhältnis unter den europäischen Völkern entgegenzustellen, das uns in eine friedliche Zukunft führt.